

# „Gerechtigkeitslücken schließen – Zukunft für alle!“

(Positionspapier der Jusos-Bremen zur Debatte um das Regierungsprogramm 2011-2015)

## Politik für Jugend – into the Future!

- Jugendarbeit und Jugendpolitik muss offen und transparent gestaltet sein. Sie muss auf Jugendliche zugehen und dort stattfinden wo diese sich aufhalten.
- Junge Menschen brauchen Räume. Dazu ist es notwendig die bestehenden Jugendfreizeitheimen zu erhalten und ihre Angebote gerade in benachteiligten Quartieren auszuweiten. Benachteiligung drückt sich nicht nur in geringeren Bildungschancen und Einkommensarmut aus sondern auch in eingeschränkten Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.
- Neben organisierter Jugendarbeit brauchen wir mehr Orte wo Jugendliche eigene Projekte und Vorhaben realisieren können oder sich ohne Beisein von Erwachsenen austauschen können. Diese müssen kostenlos sein.
- Politik muss politische Prozesse- und Entscheidungen für Kinder und Jugendliche nachvollziehbarer machen und sie wo ihre Belange betroffen sind einbeziehen. Wir setzen uns außerdem für die Einrichtung von mehr Jugendbeiräten ein, damit Jugendliche in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten haben.

## Gerechtigkeit für alle – oder wie wollen wir eigentlich leben?!?

- Jedem muss ein Einkommen zur Verfügung stehen, das ihm die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben unserer Gesellschaft ermöglicht. Dies gilt auch für die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen.
- Armut trifft Kinder- und Jugendliche besonders, da sie ihre Entwicklung beeinträchtigt. Neben dem Ausbau von kostenlosen Bildungs- und Freizeitangeboten müssen die Hartz IV Regelsätze entsprechend der tatsächlichen Bedarfe erhöht werden. Das Chipkarten-Modell von Ursula von der Leyen lehnen wir ab. Wir wollen keine aus Berlin ferngesteuerte Bewertung von Freizeitangeboten in pädagogisch wertvoll und nicht wertvoll!
- Für Bremen wollen wir die Weiterentwicklung des Sozialtickets. Gerade für Kinder und Jugendliche muss es deutlich günstiger werden. Für junge Menschen ist Mobilität zentral um an den Aktivitäten ihres Freundeskreis teilnehmen zu können und nicht ausgegrenzt zu werden.
- Für Personen mit keinem oder nur geringem Einkommen muss es mehr Möglichkeiten geben vergünstigte Tickets und Eintrittskarten für Kultureinrichtungen und Sportstätten zu erhalten.

## Wir mischen uns ein in Arbeit und Ausbildung!

- Wer arbeitet muss von seinem Lohn auch Leben können! – Wir setzen uns daher für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 € ein. Die öffentliche Hand darf Aufträge grundsätzlich nur an Unternehmen vergeben, die nach Tarif zahlen.
- Wir brauchen eine Frauenquote in Führungspositionen großer Unternehmen und im öffentlichen Dienst.
- Jeder Jugendliche hat das Recht auf einen Ausbildungsplatz! Der Staat aber vor allem aber auch die Unternehmen sind in der Pflicht. Hier gilt der alte Satz: „Wer nicht ausbildet wird umgelegt!“ und finanziert so die Einrichtung zusätzlicher inner- und außerbetrieblicher Ausbildungsplätze.

- Die Qualität der Ausbildung ist sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule sicherzustellen. Wir wollen keine „Schmalspurausbildung“ die den/die Auszubildenden nach ihrem Berufschulabschluß nur für einen Betrieb oder eine Sparte qualifiziert. Dafür müssen Ausbilder regelmäßig geschult und kontrolliert werden. Auch dürfen Berufsschulen nicht zu „Stiefkindern“ des Bildungssystems werden, sondern müssen als „zweite Säule“ des Bildungssystems stärker in den Fokus. Neben einer besseren finanziellen Ausstattung muss auch der allgemein bildende Teil der Berufsschulbildung erhöht werden, damit mehr junge Menschen den Sprung von der Ausbildung an die Hochschule wagen.
- Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung müssen reguliert werden, damit Menschen nicht zu modernen „Sklaven“ werden.

### **Bildungschancen sind Lebenschancen!**

- Wir wollen mehr junge Menschen auch aus Nicht-Akademiker-Familien an den Universitäten und Hochschulen. Daher halten wir am gebührenfreien Studium fest. Außerdem wollen wir die Abschaffung des so genannten „Elite-Stipendien“- Programms zugunsten einer weiteren Erhöhung der Bafög-Sätze und der Einkommensgrenzen der Eltern.
- Studieninhalte dürfen nicht nur auf ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet sein sondern müssen dem Einzelnen ausreichend Freiräume zur persönlichen Weiterentwicklung lassen. Solange viele Studierende zur Finanzierung ihres Studiums arbeiten müssen ist dies ebenfalls zu berücksichtigen. Darüber hinaus wollen wir, dass die Möglichkeit zum Teilzeitstudium an der Uni eingerichtet wird. Dies würde mehr Berufstätigen und jungen Eltern ein Studium ermöglichen.
- Der Bachelor darf nicht zur beruflichen Sackgasse werden. Für alle Studierende müssen Masterplätze vorhanden sein.
- Eine demokratische Schule für alle mit starken Schülervertretungen, in der Kinder und Jugendliche Lerninhalte mitbestimmen können und ein weiterer Ausbau der Ganztagschulen um Chancengleichheit zu erhöhen.
- Privatschulen lehnen wir ab.
- Kindergärten sind keine „Kinderverwahrstation“, sondern kindliche Bildung. Daher müssen sie im Bildungsbereich angesiedelt werden. Darüber hinaus brauchen wir eine Kindergartenpflicht.
- Wir müssen die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ausbauen, damit die berufliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen verbessert wird.